Oldletter:

SPD-Geschichten aus Papenburg



20.10.2013

Inhalt:

Eingliederung von jugendlichen Migranten S. 01 Ausbau der Nordtangente S. 02 S.01 Aus für katholische Schwangerschaftsberatung? S. 02 Emssperrwerk abegesichert

Januar 1998

Raske: Mittel für Aussiedlerintegration erhöhen

SPD: Eingliederung von Jugendlichen fördern

gliederungsschwierigkeiten verbände und der Landsmann- entscheidende, schaften kürzt die Regierung Stelle. die Eingliederungshilfen, bei- Raske fordert, die Förderpraxis Monaten.

Wohnortzuweisungsgesetz stark konkreten Fall orientiert. zurück: "Die Probleme sind aber Wenn die Bundesregierung nicht gelöst", stellt Raske fest, wendigen Fördermittel bereitzuverlängert würde.

Emsland. Nach Meinung von tuationen leistet der Garantie-SPD-Landtagskandidat Peter fonds, der mit Mitteln des Bun-Raske ist die Situation der ju- desministeriums für Familie, Jugendlichen Spätaussiedler, die gend und Senioren finanziert teilweise gegen ihren Willen zu wird. Diese Gelder werden aber uns kommen und massive Ein- mit dem Argument gekürzt, daß 1995 und 1996 keine Gelder absowohl in Schule, Ausbildung gerufen worden seien. Bei näheund Beruf als auch im sozialen rer Betrachtung stellt sich aller-Bereich haben, besonders kri- dings heraus, daß die dringend Jugendlichen benötigten Gelder durch komplibrauchen eine intensivere Be- zierte Antragstellung und zeitgleitung und Hilfe bei der Inte- raubende Verfahrenswege gar gration als bisher vorgesehen. nicht oder erst verspätet abgeru-Unter Protest der Opposition, fen werden konnten. So erreicht der Länder, der Betreuungs- ein Antrag erst nach Monaten die

spielsweise im Bereich des Ga- zu ändern. Dabei gehe es um eirantiefonds von 200 auf 170 ne notwendige Verwaltungsver-Millionen Mark pro Jahr und einfachung mit weniger Instanbeläßt es bei den unzureichen- zen und weniger Personal - also den Sprachkursen von sechs ein ganz konkreter Fall für eine Verschlankung der Bundesauf-Naheliegend tragsverwaltung. Zwar gehen die Zahlen der An- wäre eine pauschale Förderung, spruchsberechtigten für Sprach- die sich, - ausgehend von gekurse im Emsland durch das meinsamen Richtlinien - am

bei den meisten Jugendlichen schon nicht bereit sei, die not-Es würde schon helfen, wenn die stellen, dann sollte sie nach An-Anspruchsdauer beziehungswei- sicht des Landtagskandidaten se die Länge der Sprachkurse zumindest mit vereinfachten und sparsamen Verfahren eine wirk-Hilfe in besonderen Problemsi- same und schnelle Hilfe leisten.

Unterstützung

Papenburg. Eine intensivere Unterstützung für jugendliche Spätaussiedler hat der Kreisvorsitzende der Arbeiter-Wohlfahrt, Peter Raske, gefordert. Sie kämen teilweise gegen ihren Willen nach Deutschland. Für besonders wichtig erachtet Raske eine Verlängerung der Sprachkurse.

Ems-Zeitung 05.01.1998

Sonntags Report 04.01.1998

EMSSPERRWERK UND 710 LEHRERSTELLEN ABGESICHERT

Peter Raske, SPD-Landtagskandidat für den Wahlkreis 90, zeigte sich erfreut darüber, dass noch vor der Landtagswahl in einem sogenannten Vorschalt-Nachtrag die haushaltsmäßige Absicherung für das Emssperrwerk und die Neubesetzung für alle 1998 freiwerdenden Lehrerstellen erfolgte.

Mit dem Beschluss des Landeskabinetts wurde die haushaltsmäßige Grundlage für die Wiederbesetzung von 710 frei werdenden Lehrerstellen geschaffen. Diese Mehrausgaben für 1998 in Höhe von rund 20 Millionen Mark werden durch Umschichtung im Kultushaushalt erwirtschaftet.

Gleichzeitig wurde durch diesen Beschluss erreicht, dass schon im Frühjahr mit dem Bau des Sturmflutsperrwerkes an der Ems begonnen werden konnte. Peter Raske begrüßte, dass damit eine zügige Umsetzung des Projektes gewährleistet war. Im Vorschalt-Nachtrag 1998 wurden zunächst 2 Millionen Mark für Planungs- und 58 Millionen Mark für Baukosten veranschlagt und entsprechende Verpflichtungsermächtigungen bis zum Jahr 2001 ausgebracht. Der Landesanteil an den Baukosten wurde mit 19,8 Millionen Mark aus der Gemeinschaftsaufgabe und mit 18,7 Millionen Mark aus der Rücklage finanziert. Die Bundesregierung hatte zugesagt, sich mit 176,5 Millionen Mark an den Planungs- und Baukosten zu beteiligen.

SPD

20.10.2013

SPD fordert den baldigen Bau einer Nordumgehung

Seemann: Über Splittingausbau noch einmal nachdenken

Papenburg (H. B.) Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Roland Seemann, hat am Montag in der Sitzung des Ortsausschusses mit Nachdruck den Bau einer Nordumgehung in Papenburg gefordert, "Wir werden noch lange Zeit mit dem Auto leben müssen", verwies Seemann auf die große Bedeutung einer vorausschauenden Verkehrspolitik. Ohne Entlastungsstraße lasse sich auf Dauer die Stadtgestaltung auf dem Obenende nicht in wünschenswerter Form regeln. Mit dem neuen Baugebiet am Osterkanal sei auch schon bald auf dem Mittelkanal mit einer Überlastung des bestehenden Straßensystems zu rechnen, hieß es.

Noch sichtlich verärgert zeigten sich die SPD-Abgeordneten über das Verhalten der CDU-Stadtratsfraktion, die sich bei den Beratungen zum Ausbau auf dem Obenende über die Wünsche der Kaufmannschaft hinweggesetzt habe. Unstrittig waren im Rat die Pläne zum Ausbau des Split-

tings von der Umländerwiek bis zum Bethlehem und zum Bau einer Entlastungsstraße vom Michaelisplatz hinter den Häusern Splitting links bis zur Ersten Wiek. Nicht einig war man sich über die Gestaltung des Splittings vom Alten Turm bis zur Ersten Wiek.

CDU-Fraktion schied sich für das Stabenow-Konzept, das den Straßenverlauf in der heutigen Form festschreibt. Auf beiden Seiten der Straße sollen Fußgänger- und Radfahrerbereiche neu angelegt werden. Der Plan des Nord-West-Büros aus Oldenburg sah die Schaffung eines zentralen Parkbereiches in der Straßenmitte und die Verkehrsführung in engem Abstand zu den Geschäften vor. An der Ersten Wiek und an der Einmündung der Umländerwiek in den Splitting sollen jeweils Kreisel angelegt werden. Von der Kaufmannschaft wurde die Planung des Oldenburger Büros eindeutig favorisiert.

"Über diesen strittigen Punkt reden wir noch", meinte Fraktionsvorsitzender Seemann. Der Ausbau des Splittings-Bereiches sei in nächster Zeit wegen fehlender Finanzmittel ohnehin nicht zu verwirklichen. "Das kann noch Jahre dauern", wies Seemann auf den beachtlichen Umfang dieser Maßnahme hin. Auch die Kaufmannschaft werde sich weiter um eine Lösung in ihrem Sinne bemühen. Falls Mittel zur Verfügung stünden, sollten zunächst der südliche Splitting bis zum Bethlehem und die Entlastungsstraße vom Michaelisplatz aus zur Ersten Wiek ausgebaut werden.

Im Zuge der Ortsausschußsitzung rief der SPD-Landtagskandidat Peter Raske seine Parteifreunde auf, bis zur Wahl am ersten März "um jede Stimme zu kämpfen". Raske würdigte besonders den Einsatz von Gerhard Schröder für den Bau des Sperrwerks, durch den die Arbeitsplätze am Werftstandort Papenburg gesichert würden. Mit den Worten "Ich verstehe den Leeraner Bürgermeister nicht" kritisierte Raske die Forderung von Günter Boekhoff, ein Sperrwerk nur zu tolerieren, wenn zugleich auch eine Schleuse gebaut werde.

Ems-Zeitung 21.01.1998

KATHOLISCHE KIRCHE DARF FRAUEN IN KONFLIKTEN NICHT ALLEIN LASSEN

Zum drohenden Ausstieg der Katholischen Kirche aus der Schwangerschaftskonfliktberatung erklärte Peter Raske: "Ein Rückzug der Katholischen Kirche aus der Schwangerschaftskonfliktberatung wäre ein Vertrauensbruch für hilfesuchende Frauen und für den seelsorgerlichen Auftrag der Katholischen Kirche. Die Kirche ignoriert den Konflikt ungewollter Schwangerschaft. Frauen, die Vertrauen und Entscheidungshilfe bei den katholischen Beratungsstellen suchen und erwarten, werden ausgegrenzt."

Peter Raske bat Bischof Bode, bei den Beratungen den verbleibenden Spielraum für die betroffenen Frauen zu nutzen und Wege zu suchen, wie die Beratungstätigkeit mit Bescheinigung fortgesetzt werden könnte. Er hoffte, dass für die deutschen katholischen Bischöfe die seelsorgerische Verantwortung Vorrang hätte vor ihrem Gehorsamsgelübde gegenüber dem Papst.

Die vom Gesetz vorgesehene Möglichkeit, zwischen Beratungsstellen unterschiedlicher weltanschaulicher Ausrichtung

wählen zu können, würde durch den Ausstieg der katholischen Kirche in Frage gestellt. Wobei die meisten Beratungsstellen im Emsland in katholischer Trägerschaft waren. Peter Raske fragte: "Was passiert mit den katholischen Beratungsstellen im Emsland? Müssen sie geschlossen werden?"

Es wäre ein schlechter Dienst an ratsuchenden Frauen, wenn die emsländischen katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen keinen Nachweis über die Beratung mehr ausstellen dürften. Denn eine wirklich ergebnisoffene Beratung wäre dann nicht mehr möglich.

Es wäre gut, so Peter Raske, auf die besonnenen Stimmen aus der katholischen Kirche zu hören, die die Bedeutung der katholischen Beratungsstellen für den Schutz des werdenden Lebens unterstrichen. Es sollte den Bischöfen zu denken geben, dass katholische Laien bereits über eine Fortführung dieser Beratungsarbeit in eigener Regie nachdächten, falls es wirklich zu einem Ausstieg der Amtskirche kommen sollte.

Oldletter:

SPD-Geschichten aus Papenburg



20.10.2013

Die geltende Regelung des Schwangerschaftsabbruchs, wie sie 1995 beschlossen wurde, setzte auf das Konzept Hilfe statt Strafe und folgt der Einsicht, dass das werdende Leben am besten mit der Frau und nicht gegen sie zu schützen ist. "Es wäre sehr bedenklich und ginge an der Lebensrealität von Frauen vorbei, wenn die katholische Amtskirche diesen Konsens aufkündigen würde;" so Peter Raske.

"Ohne kirchliche Beratungsstellen würden mehr Kinder abgetrieben"

Unterschiedliche Reaktionen auf Papstbrief zur Konfliktberatung

Von Susanne Pisius

Papenburg
Auf unterschiedliche Reaktionen ist in Papenburg die Nachricht über einen Brief des Papstes und einen möglichen
Rückzug der Kirche aus der
Konfliktberatung für Schwangere gestoßen. Zum Thema
äußerten sich gestern Elisabet
Lembeck von der Beratungsstelle der Caritas, Ursula Mersmann (CDU), stellvertretende
Bürgermeisterin und ehemalige Frauenbeauftragte, SPDLandtagskandidat Peter
Raske, Pastor Gerrit Weusthoff
und Pastor Dr. Martin Trimpe.

Elisabet Lembeck von der Caritas-Beratungsstelle wartet mit "Sorge und großer Unruhe" auf die Reaktion der Bischofskonferenz am Montag. "Die Frage, ob wir auch weiterhin für die Frauen dasein können, stürzt uns auch in einen persönlichen Konflikt." Vor wenigen Monaten hatte die Beraterin vor dem Sozialausschuß der Stadt Papenburg erklärt, wie schwer die Verantwortung wiegt, die diese Beratung mit sich bringt: "Wenn wir eine Frau ermuntern, ein Kind auszutragen, müssen wir auch weiterhin für sie dasein."

sagen. "Jetzt, wo das Kind da ist, bist du auf dich selbst gestellt."

Für sie und ihre Mitarbeiter sei das Thema emotional aufgeladen, deswegen wolle sie eigentlich nicht viel dazu sagen. Allerdings müsse die Frage gestellt werden, wie die Kirche mit den Anliegen der Frauen umgehe. Sie hoffe auf die Bischöfe, die sich bislang positiv zur Beratung geäußert hätten, sagte Frau Lembeck.

"Ohne die kirchlichen Beratungsstellen würden mehr Kinder abgetrieben", ist sich Ursula Mersmann sicher. Als Unionspolitikerin sei es ihr wichtig, daß sich die Kirche den Notlagen der Menschen stelle. "Ich hoffe, daß die Bischöfe noch irgendwie Einfluß auf die Meinung des Papstes nehmen können und die erfolgreiche Arbeit der Caritas fortgesetzt werden kann", sagte Frau Mersmann. Ein sehr mühsam erkämpfter politischer und gesellschaftlicher Kompromiß sei in Gefahr.

vor dem Sozialausschuß der Stadt Papenburg erklärt, wie schwer die Verantwortung wiegt, die diese Beratung mit sich bringt: "Wenn wir eine Frau ermuntern, ein Kind auszutragen, müssen wir auch weiterhin für sie dasein."

Der SPD-Landtagskandidat Peter Raske appellierte an Bischof Bode, bei den Beratung en am kommenden Montag den verbleibenden Spielraum für die betroffenen Frauen zu nutzen und Wege zu suchen, weiterhin für sie dasein." wie die Beratung mit Bescheinigung fortgesetzt werden

kann. "Ein Rückzug der katholischen Kirche aus der Konfliktberatung wäre ein Vertrauensbruch für hilfesuchende Frauen und für den seelsorgerlichen Auftrag der Kirche", so Raske. Die vom Gezit vorgesehene Möglichkeit, wischen Beratungsstellen unterschiedlicher weltanschauli-

347 Beratungen

Die Zahl der ratsuchenden Frauen hat in Papenburg seit 1995 kontinuierlich zugenommen. Insgesamt ließen sich im vergangenen Jahr 347 Frauen in Fragen der Schwangerschaft beraten. 1995 waren es 207. In der Konfliktberatung wurden im Jahr 1995 33 Beratungsscheine nach § 219 StGB ausgestellt, 1997 waren es Der Sozialausschuß der Stadt hatte sich erst vor kurzem dafür ausgesprochen, diese Arbeit der Caritas weiter finanziell zu unterstützen. Zum 1. August 1996 hatte die Beratungsstelle die Wochenarbeitsstunden der Schwangerschafts-Konfliktberatung um 10 auf 34 Stunden erweitert. Die zusätzlichen Personal-kosten belaufen sich auf 21 000 DM im Jahr, die zu gleichen Teilen von der Caritas, der Stadt Papenburg und dem Landkreis Emsland getragen werden.

seelsorgerlichen Auftrag der Kirche", so Raske. Die vom Gesetz vorgesehene Möglichkeit, zwischen Beratungsstellen unterschiedlicher weltanschaulicher Ausrichtung wählen zu können, werde durch den Ausstieg der katholischen Kirche in Frage gestellt. Besonders schlimm sei das für das Emsland, weil hier fast alle Beratungsstellen in katholischer Trägerschaft seien.

Verständnis für die große Sorge des Papstes hat Pastor Martin Trimpe: "Mit der Ausstellung des Beratungsscheins ist die einzige Bedingung für eine straffreie Abtreibung gegeben, ist das Messer ge-schärft." Die Kirche dürfe auf keinen Fall aus der Beratung der in Not geratenen Frauen aussteigen, aber mit der Ausstellung des Scheines übernehme sie eine Mitschuld an der Tötung eines Kindes. "Ich weiß natürlich um den Kon-flikt, daß gesagt wird, der Schein ermöglicht erst die Beratung und jede Abtreibung, die so verhindert wird, zählt. Aber die Lösung muß eine an-dere sein", sagte Trimpe. Die Frauen müßten noch mehr Unterstützung bekommen, damit sie ein "Ja" zu ihrem Kind sprechen könnten. Denn eine Abtreibung ziehe oft auch schwerwiegende Gewissenskonflikte nach sich. "Des-halb muß die Kirche auch dann für diese Frau dasein und darf nie eine Entscheidung verurteilen, die in tiefster Not gefällt worden ist", plädierte der Pastor.

Bedauerlich fände es Pastor Gerrit Weusthoff, wenn die Kirche aus der Beratung ausstiege. "Die Kirche hat mit ihrem Menschenbild einiges zu sagen", ist der Seelsorger überzeugt. Beratung müsse nicht bedeuten, eine Abtreibung zu befürworten. Aber eine Anlaufstelle für Menschen in Gewissenskonflikten sei sehr wünschenswert und könne vielen helfen, "Je mehr man mit den Menschen gesprochen hat, um so respektvoller wird man vor der Entscheidung des einzelnen", äußerte Weusthoff.

Ems-Zeitung 24.01.1998

Oldletter:

SPD-Geschichten aus Papenburg



20.10.2013

Peter Raske: Katholische Kirche darf Frauen in Konflikten nicht allein lassen

ür ergebnisoffene Beratung

Kirche aus der Schwanger- kann. schaftskonfliktberatung.

pelliert an Bischof Bode, bei den dem Papst hat.

bruch für hilfesuchende Frau- für die betroffenen Frauen zu emsländischen en" wertet SPD-Landtagskan- nutzen und Wege zu suchen, wie Schwangerschaftsberatungssteldidat Peter Raske den drohen- der Beratungstätigkeit mit Be- len keinen Nachweis über die den Ausstieg der Katholischen scheinigung fortgesetzt werden Beratung mehr ausstellen dürf-

Der SPD-Politiker hofft, daß für soffene Beratung sei dann nicht Frauen, die Vertrauen und Ent- die deutschen katholischen Bi- mehr möglich. scheidungshilfe bei den katholi- schöfe die seelsorgerische Ver- Es wäre gut, so Raske weiter, auf schen Beratungsstellen suchten, antwortung Vorrang vor ihrem die Stimmen zu hören, die die würden ausgegrenzt. Raske ap- Gehorsamsgelübde gegenüber Bedeutung der Beratungsstellen

Beratungen am morgigen Mon- Es wäre ein schlechter Dienst an Lebens unterstreichen.

Als "Vertrauens- tag den verbleibenden Spielraum ratsuchenden Frauen, wenn die ten. Denn eine wirklich ergebni-

für den Schutz des werdenden

Sonntags Report 25.01.1998

Raske-Appell an Bischof

Papenburg. Zum drohenden Ausstieg der katholischen Kirche aus der Schwangerschaftskonfliktberatung erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Raske: "Ein Rückzug der katholischen Kirche aus der Schwangerschaftsberatung wäre Vertrauensbruch für hilfesuchende Frauen und für den seelsorgerlichen Auftrag der katholischen Kirche. Die Kirche ignoriert den Konflikt ungewollter Schwangerschaft. Frauen, die Vertrauen und Entscheidungshilfe bei den katholischen Beratungsstellen suchen und erwarten, werden ausgegrenzt. Peter Raske bittet Bischof Bode, bei den Beratungen am kommenden Montag den verbleibenden Spielraum für die betroffenen Frauen zu nutzen und Wege zu suchen, wie die Beratungstätigkeit mit Bescheinigung fortgesetzt werden kann. Peter Raske hofft, daß für die deutschen katholischen Bischöfe die seelsorgerische Verantwortung Vorrang hat vor ihrem Gehorsamsgelübde gegenüber dem Papst.

Der Wecker 25.01.1998

Raske-Appell an Bischof

Papenburg. Zum drohenden Ausstieg der katholischen Kirche aus der Schwangerschaftskonfliktberatung erklärte der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Raske jetzt in einer Pressemitteilung: "Ein Rückzug der katholischen Kirche aus der Schwangerschaftsberatung wäre Vertrauensbruch für hilfesuchende Frauen und für den seelsorgerlichen Auftrag der katholischen Kirche. Die Kirche ignoriert den Konflikt ungewollter die Vertrauen und Ent-

scheidungshilfe bei den katholischen Beratungsstellen suchen und erwarten, werden ausgegrenzt. Raske bittet Bischof Bode, bei den Beratungen am kommenden Montag den verbleibenden Spielraum für die betroffenen Frauen zu nutzen und Wege zu suchen, wie die Beratungstätigkeit mit Bescheinigung fortgesetzt werden kann. Landtagskandidat Peter Raske hofft, daß für die deutschen katholischen Bischöfe die seelsorgerische Verantwortung Vorrang hat vor ihrem Gehorsamsgelübde gegenüber dem Papst. Schwangerschaft. Frauen, Mehr zum Thema lesen Sie auf der Seite 16.

General Anzeiger 28.01.1998